

PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 436
Thema: Geheimverhandlungen Tempelhof

Redaktion: Stefan Sukale
Datum: 7. November 2007

GRAF: HAUPTSTADTVERTRAG MIT MILLIONENRISIKEN FÜR BERLIN

Geheimverhandlungen über Übernahme des Flughafens Tempelhof bestätigt

Der Haushaltsexperte der CDU-Fraktion, **Florian GRAF**, erklärt:

„Kulturstaatssekretär André Schmitz hat in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses bestätigt, dass der Regierende Bürgermeister im Rahmen der Verhandlungen über den Hauptstadtvertrag auch über die Übernahme des Flughafens Tempelhof verhandelt. Einzelheiten seien weder Schmitz, der sich für nicht zuständig erklärte, noch den Fraktionen von SPD und Linke bekannt. Schmitz hat damit unsere Informationen aus dem Bundesfinanzministerium bestätigt.

Die Finanzierung von Tempelhof durch Berlin ist finanzpolitisch nur darstellbar, wenn der Flughafen offen bleibt. Andernfalls wäre er ein Millionengrab für den Steuerzahler, denn heute werden diese Aufwendungen von der Flughafengesellschaft erwirtschaftet.

Eine vollständige Übernahme des Flughafens Tempelhof zum Verkehrswert würde die Bemühungen Berlins hinsichtlich einer fairen Hauptstadtfinanzierung konterkarieren. Allein die Bewirtschaftungskosten des Gebäudes betragen 2007 insgesamt ca. 43 Millionen Euro, die nach Stilllegung des Flughafens vollständig aus dem Landeshaushalt zu tragen wären. Allein für das Gebäude fallen jährlich ca. 25 Millionen Euro an. In wenigen Jahren würden diese Lasten die zusätzlichen Finanzierungszusagen des Bundes übersteigen. Die Hauptstadtfinanzierung wäre bei langfristiger Betrachtung ein schlechtes Geschäft.

Hinzu kommen Risiken in mindestens zweistelliger Millionenhöhe aus der Bodenverunreinigung und dem zusätzlichen Instandhaltungsbedarf vor dem Hintergrund des Denkmalschutzes. Innerhalb von zehn Jahren summieren sich diese Belastungen auf mindestens eine halbe Milliarde Euro.

Die CDU-Fraktion hat in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses einen Bericht dazu beantragt. Dieser Antrag wurde von SPD und der Linken abgelehnt. Wir fordern den Regierenden Bürgermeister auf: Beenden Sie die Geheimverhandlungen und stellen Sie Gegenstand, Chancen und Risiken Ihrer Verhandlungen transparent dar!“